

Der Euro als Fehlentscheidung

von Bernd-Thomas Ramb

Die Kritik an der Europäischen Währungsunion ist weder neu, noch rein emotional oder gar trivial begründet. Allein die Tatsache, daß weit über siebzig Prozent der Deutschen viele vielleicht rein instinktiv die Währungsunion ablehnen, sollte den Anhängern des MaastrichtVertrags zu denken geben. Beweist dies doch, daß wirtschaftlich rationales Denken nicht allein eine Domäne von Wissenschaftlern ist, sondern von jedermann ausgeübt wird. Gleichwohl ist auch die wissenschaftlich systematische Kritik an der Europäischen Währungsunion existent und vor allem bei den deutschen, genauer bei den deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlern weit verbreitet. Der Prozentsatz dürfte sogar noch weitaus höher als siebzig liegen. Sie teilen dabei, ohne im gleichen Ausmaß das öffentliche Medieninteresse zu finden, die Meinung der internationalen Fachwelt, insbesondere der Geldtheoretiker, die wohl am meisten etwas von dieser Materie verstehen dürften.

Daß sich deren Auffassung zumindest in einigen Druckmedien wiederfindet, ist nicht zuletzt darin begründet, daß zu den Kritikern fast ausnahmslos sämtliche Ökonomienobelpreisträger der letzten Jahre zählen allen voran der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman, der als Nestor der modernen Geldpolitik angesehen wird. Er hat immer wieder sein Unverständnis ausgedrückt, warum diese Währungsunion überhaupt erfolgen soll, und es auf den Punkt gebracht, indem er sinngemäß sagte: Wenn die Franzosen nicht damit einverstanden sind, daß sie die Geldpolitik der Bundesbank nachvollziehen sollen, bzw. glauben, es tun zu müssen, dann sollen sie das doch einfach aufgeben und ihre eigenständige Geldpolitik betreiben. Das war und ist natürlich nicht politisch verkaufbar.

Ich werde somit nichts Neues verraten und nichts Ungewöhnliches vermelden, wenn ich auch mein Resümee in der Beurteilung des Abenteuers Euro vorwegnehme und behaupte, daß die Europäische Wirtschafts und Währungsunion wirtschaftlich schädlich und politisch verhängnisvoll ist. Diese Aussage soll dennoch zunächst einmal als These zu verstehen sein, die es zu beweisen gilt. Aus Platzgründen soll im folgenden die Betonung auf dem Beweis des zweiten Teils meiner These liegen: Der Euro ist politisch schädlich. Für den Nachweis der wirtschaftlichen Schädlichkeit verweise ich unter anderem auf das von FranzUlrich Willeke herausgegebene Buch "Die Zukunft der DMark Eine Streitschrift zur Europäischen Währungsunion" und dort insbesondere auf meinen eigenen Beitrag zur Frage "Braucht der europäische Binnenmarkt die Währungsunion?". Diese Frage wird im Ergebnis meines Beitrags natürlich verneint.

Wirtschaftlich schädlicher Euro

An dieser Stelle sei zur Belegung der wirtschaftlichen Schädlichkeit des Euros lediglich auf einige Punkte hingewiesen. Erstens verursacht die Tatsache, daß der Euro eine weiche Währung wird, enorme volkswirtschaftliche Kosten. Die Einschätzung, daß der Euro zur definitiven Weichwährung degradiert wurde, wird im übrigen mittlerweile selbst von glühenden Befürwortern der Europäischen Währungsunion kaum noch bestritten. Dies wird um so deutlicher, je häufiger sie die Vorteile allein im politischen Bereich verneinen.

Allein die mit dem Euro verbundenen höheren Inflationsraten werden vor allem den deutschen Sparern Verluste in einer jährlichen Höhe von einhundert Milliarden DMark bescheren. Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, daß wir auch in den letzten Jahren durchaus

nicht in einer inflationsfreien Welt gelebt haben. Auch wenn die Preissteigerungsrate mit zirka zwei Prozent in der letzten Zeit vergleichsweise niedrig ausgefallen ist, bedeutet diese Zahl immer noch eine eindeutige Geldentwertung. Die schleichende Inflation ist keinesfalls gegenüber galoppierenden Inflationsraten zu verharmlosen, denn auch sie vernichtet auf Dauer erspartes Einkommen. Bei der Einführung des Euro wird nun diese Basisinflation um einen Sockelbetrag von schätzungsweise zwei Prozentpunkten nochmals erhöht. Das bedeutet bei einem Gesamtvolumen von etwa fünf Billionen DMark Sparvermögen den bereits erwähnten Vermögensverlust von jährlich 100 Milliarden DM.

Schon die Berücksichtigung der durch den Euro verursachten Inflationskosten wiegt die schmalen Kostenvorteile, die durch die Europäische Währungsunion entstehen könnten, um das Zehnfache auf. Denn die immer wieder als Argument für den Euro angeführte Ersparnis der sogenannten Transaktionskosten diese Kosten entstehen, wenn der Umtausch der heimischen Landeswährung in eine fremde notwendig wird betragen nach Schätzungen der Experten nicht mehr als 10 Milliarden D-Mark pro Jahr. Bereits diese Relation zeigt, daß der Euro ein deutliches Verlustgeschäft wird.

Dabei stellen die horrenden EuroInflationskosten selbst wiederum nur einen Bruchteil der Gesamtkosten der Europäischen Währungsunion dar. Ebenso sind noch nicht die reinen Umstellungskosten berücksichtigt, die zwar nur einmal entstehen, in ihrer Gesamtsumme aber immense Beträge erreichen. Beispielsweise beziffert allein die Deutsche Bank ihre Umstellungskosten mit 400 Millionen DMark. Ein Großhandelsunternehmen für Bekleidung rechnet nur für die neue Preisauszeichnung ihrer Produkte mit Kosten von zehn Millionen DMark. Europaweit befürchtet der gesamte Einzelhandel Umstellungskosten von 50 Milliarden DMark. Diese Kosten können die Unternehmen, das wurde bereits angekündigt, nicht selbst tragen. Sie werden also auf die Verkaufspreise aufgeschlagen. Spielt da der Verbraucher nicht mit, oder kann der Konsument diese Preise nicht mehr bezahlen, droht den entsprechenden Firmen der Konkurs.

Sollten die Schätzungen der Experten auch nur annähernd stimmen, nach denen die Gesamtkosten der Euro-Einführung allein in Deutschland bis zu 150 Milliarden DMark betragen, steht damit fest, daß schon die praktisch sofort fälligen Umstellungskosten samt ihrer Verzinsung den zu erwartenden Gewinn aus der Währungsunion für einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren neutralisieren.

Aus der Sicht des Wirtschaftswissenschaftlers, der sich mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Gestaltung des Wirtschaftssystems und der dazu notwendigen Gesellschaftsordnung befaßt, sind aber nicht nur die unmittelbaren Kosten durch die Währungsumstellung und die Verluste durch die inflationäre Neuwährung bedeutsam. Schwerwiegend ist auch die Erkenntnis, daß mit der Einführung des Euros gleichzeitig gravierende Deformationen unseres freiheitlichen und sozialen Wirtschafts und Gesellschaftssystems verbunden sind. Diese Veränderungen sind nicht in spektakulären Zahlen faßbar und noch weniger in der öffentlichen Diskussion, als die offensichtlichen Kosten der Währungsunion. In ihren fatalen Auswirkungen sind sie aber weitaus schwerwiegender einzustufen als die monetären Schäden.

Ein erster systemverändernder Faktor ist die Tatsache, daß die europäische Währungsunion für einige Großbetriebe durchaus vorteilhaft sein kann, während sie für eine Vielzahl von kleineren Unternehmen zu einem existenzbedrohenden Schaden führt. Das läßt sich schon an dem Sachverhalt demonstrieren, daß die Währungsumstellung in jedem Betrieb enorme Fixkosten verursacht. Das heißt, diese Kosten fallen in jedem Unternehmen in der gleichen

Höhe an, unabhängig ob dieser Betrieb große oder geringe Umsätze, weite oder enge Gewinnspannen vorweisen kann. Für große multinationale Konzerne wie für kleine Familienbetriebe, die grundsätzlich nur im nationalen Wirtschaftsraum operieren, führen diese gleichhohen Fixkosten zu unterschiedlichen Belastungen.

So wird etwa im Bereich der Banken für einen kleinen Verbund von Privatbanken allein im Hinblick auf die Anpassung der Datenverarbeitung und der Computerprogramme ein ähnlich hoher Kostenaufwand entstehen, wie für eine international operierende Großbank. Selbst wenn die kleine Privatbank keinen Kostenaufwand von 400 Millionen DMark aufbringen muß wie die Deutsche Bank, der Mindestbetrag liegt nach Schätzungen aus Bankenkreisen bei etwa 200 Millionen DMark. Bezogen auf den Umsatz stellt dies eine ungleich größere Belastung dar. Der gleiche Sachverhalt ist bei Handelsunternehmen und im Produktionsbereich tätigen Firmen festzustellen. Insbesondere Unternehmen, die jetzt schon in großem Umfang für das europäische Ausland oder sogar im europäischen Ausland produzieren, haben natürlich weitaus bessere Möglichkeiten, diese Fixkosten auf die Preise umzuwälzen, durch Produktionsverlagerungen in das Ausland zu senken oder durch bereits bestehende Organisationsstrukturen abzumildern. Ein kleiner mittelständischer Betrieb, der ohnedies nur für den heimischen Markt tätig ist, jetzt aber beispielsweise dazu gezwungen wird, in der mehrjährigen Umstellungsphase neben der in D-Mark bezifferten Buchführung eine parallele in Euro mitzuverwalten, kann dies ungleich schwerer leisten.

Die einheitliche Kostenbelastung unterschiedlich großer Unternehmen wird in allen Bereichen dazu führen, daß eine Vielzahl kleinerer Betriebe durch den Kostendruck zur Aufgabe gezwungen wird. Dies erklärt auch, warum Großunternehmen und Großbanken eher für die Einführung des Euros sind als die mittelständischen Betriebe. Die Großbetriebe können auf diese Weise einen Teil der unliebsamen Konkurrenz los werden, die ihnen insbesondere durch die flexiblen mittelständischen Unternehmen mit kostengünstiger Produktion entstanden ist.

Was bedeutet das aber für unser Wirtschaftssystem? Das deutsche Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit basierte nicht zuletzt auf der Tatsache, daß mit der Entscheidung für eine freie soziale Marktwirtschaft auch die Entscheidung für eine Konkurrenzwirtschaft getroffen wurde. Gerade der Wettbewerb zwischen mittelständischen und großen Unternehmen hat dazu geführt, daß flexibel und kostengünstig produziert, monopolistische Preiserhöhungen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten in ihre Schranken verwiesen und mit dem Anstieg des Wohlstands auch ein hohes Maß an Beschäftigung erreicht wurde.

Mit der Einführung des Euros und der dadurch hervorgerufenen Konzentrationsprozesse und Firmenaufgaben entfällt der Vorteil einer Wettbewerbswirtschaft. Die Folge sind einige wenige monopolistisch agierende Großbetriebe oder kartellmäßig zusammengefaßte Unternehmenskonzerne, die ihre Marktmacht voll ausschöpfen können. Für einige europäische Staaten, wie Frankreich, ist dies weniger ein Problem, weil sie nie so marktwirtschaftlich ausgerichtet waren wie Deutschland im übrigen unter anderem aber auch aus diesem Grunde nie den gleichen wirtschaftlichen Erfolg vorweisen konnten.

Die volkswirtschaftliche Praxis hat häufig genug bewiesen, daß einige wenige Großbetriebe, die nicht mehr einem marktwirtschaftlichen Konkurrenzdruck ausgesetzt sind, mehr und mehr zur Anforderung staatlicher Unterstützung neigen, weil die zunehmend ineffiziente Produktionsweise, die diesen Betrieben anhaftet, zu Beschäftigungsschwierigkeiten führt. Ansatzweise ist dies auch schon in den letzten Jahren in Deutschland deutlich geworden. Was heute noch unter dem Deckmantel der versteckten Staatssubventionen in Form von Forschungsgeldern und Steuererleichterungen an staatlicher Wirtschaftshilfe geleistet wird,

kann in einem Europäischen Zentralwirtschaftssystem leicht und ungeniert zu einer staatlichen Lenkung von Produktion und Verteilung umgewandelt werden.

Die Umverteilungsmaschinerie "Sozialunion"

Der zweite systemdeformierende Aspekt der Europäischen Währungsunion ist der vorprogrammierte Einstieg in die europäische Sozialunion. Damit werden die sozialistischen Tendenzen der Europäischen Union sprunghaft verstärkt. Wir werden damit insbesondere eine Abkehr von einer stabilitätsorientierten eigenverantwortlichen Wirtschaftspolitik und eine Zuwendung zur umverteilungsorientierten staatlichen Beschäftigungspolitik bekommen.

Staatliche Beschäftigungsprogramme, als Synonym für ineffiziente staatliche Beschäftigungsprogramme, kosten viel Geld, genauer das Einkommen des produktiv arbeitenden Teils der Bevölkerung. Die zusätzliche Aufstockung der Transferleistungen, die über die Europäische Union abgewickelt werden, ist damit zwangsläufig.

Umverteilungseffekte finden aber auch indirekt statt. Mit der hochgelobten Transparenz, die durch die europäische Einheitswährung erzeugt werden soll, geraten nicht nur die Preise der Produkte, sondern auch die Löhne in das Scheinwerferlicht des direkten Vergleichs. Das deutsche Lohnniveau ist vergleichsweise hoch und eine Anpassung der portugiesischen, spanischen oder italienischen Löhne auf diese Höhe wirtschaftlich unmöglich. Selbst eine in der künftigen EU nicht unmögliche europastaatliche Lohnverordnung dürfte in der deutschen Größenklasse schnell an die Grenzen der europäischen Umverteilungsmöglichkeiten stoßen. Im Ausgleich der europäischen Arbeitsmärkte wird daher ein mittleres Lohnniveau die Folge sein. Der deutsche Beschäftigte wird also Lohneinbußen erdulden müssen. Im Ergebnis mag das zwar volkswirtschaftlich gesehen möglicherweise nicht unvernünftig sein, über die zwangsweise Einführung des Euros führt dieser Effekt jedoch zunächst einmal zu einer bloßen Umverteilung der Lohneinkommen von den Hochlohnländern zu den Niedriglohnländern.

Mit der zunehmenden Organisation der Beschäftigung auf der europastaatlichen Ebene wird außerdem ein qualitativer Abstieg der Beschäftigung einher gehen. Wir verfügen in Deutschland auch über ein hohes Niveau der Arbeitssicherung im administrativen Bereich, beispielsweise durch die Verordnung von Arbeitsschutzbestimmungen, von betrieblichen Sozialleistungen und anderen nicht im Lohnzettel ausgewiesenen Zuwendungen. Im Zuge der europäischen Angleichung dürfte das hohe deutsche Niveau kaum zur europäischen Norm umgewandelt werden. Auch dies würde endgültig die Grenzen der Finanzierbarkeit der Beschäftigung sprengen. Die europäische "Harmonisierung" wird also auf einem mittleren Niveau stattfinden.

Die deutschen Arbeitnehmer zahlen bei dieser Form der sozialen Umverteilung indirekt nochmals zu, zugunsten des nun höher nivellierten südeuropäischen Arbeiters. Die Umverteilungszeche wird somit nicht nur über die erhöhten Steuerzahlungen und die verringerten Lohneinkommen beglichen, sondern auch über einen Verlust an betrieblicher Sozialkultur. Es bleibt daher ein großes Rätsel, warum die deutschen Gewerkschaften sich in der Vergangenheit so vehement für die Europäische Währungsunion eingesetzt haben und es immer noch tun, wenn auch mit beginnendem Umdenken, etwa bei der Bauarbeitergewerkschaft. Ein mögliches Motiv mag die Durchsetzung von beschäftigungspolitisch orientierter staatlicher Wirtschaftspolitik sein, die sich in Deutschland nur schwer, im Staat Europa dann möglicherweise um so leichter einrichten läßt. Die radikale Absenkung des Lohn und Sozialniveaus scheinen die Gewerkschafter als Gefahrenmoment zu übersehen oder zu ignorieren.

Aufgabe einer stabilitätsorientierten Wirtschaftsordnung

Die insbesondere von Frankreich initiierte Bestrebung, dem Stabilitätspakt zur Europäischen Währungsunion ein Beschäftigungskapitel im Maastricht-Vertrag entgegenzustellen, signalisiert die künftige Umorientierung der mehr und mehr europäisch dominierten deutschen Wirtschaftspolitik. Nicht die Stabilität des Geldsystems genießt künftig die höhere Priorität, sondern die staatliche Organisation der Beschäftigung. Zunächst kann grundsätzlich durchaus der Versuch unternommen werden, durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen sowohl eine Preisstabilität des Geldwesens zu wahren, als auch gleichzeitig die Vollbeschäftigung einer Volkswirtschaft anzustreben. Über die dazu erforderlichen Maßnahmen bestehen jedoch kontroverse Ansichten.

Noch problematischer ist allerdings die Annahme, daß bei der wirtschaftspolitischen Verfolgung der beiden Ziele Preisstabilität und Vollbeschäftigung ein Zielkonflikt vorläge, daß also nur eines der beiden Ziele unter Aufgabe des anderen erreicht werden könnte. Mit dieser Denkweise wurde in Deutschland in den siebziger Jahren bereits in der wirtschaftspolitischen Praxis experimentiert. Unter der von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt geführten SPD/FDP-Regierung herrschte die Auffassung, man müsse zwischen den beiden Übeln Inflation und Arbeitslosigkeit wählen, Vollbeschäftigung sei bei gleichzeitiger Preisniveaustabilität nicht erreichbar. Aus dieser Zeit ist das berühmte Schmidt-Zitat überliefert: "Fünf Prozent Inflation ist mir lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit".

Diese Entscheidung war und ist typisch für sozialistische Regierungen, die ein staatliches Beschäftigungsprogramm stets einer womöglich von einer unabhängigen Zentralbank verfolgten Geldwertstabilisierung vorziehen. Es ist somit nicht verwunderlich, daß die neue sozialistisch-kommunistische französische Regierung ebenfalls dieser wirtschaftspolitischen Utopie folgt. Die ebenfalls sozialistisch angelegte EUPolitik dürfte dem französischen Begehren kaum entgegenstehen. Im Gegenteil, die damit verbundene Ausweitung der staatlichen Aktivitäten und Einflußmöglichkeiten kommt dem Begehren der Brüsseler Bürokraten nach Ausweitung ihrer Kompetenzen gerade entgegen. Unterstützt wird diese wirtschaftspolitische Festlegung von der Tatsache, daß mit einer gezielten Desinformationspolitik die Bevölkerung leichter von den angeblich überwiegenden Vorteilen der Vollbeschäftigung zu überzeugen ist.

Das Fatale an dieser Entwicklung liegt darin, daß die Auffassung eines Zielkonflikts zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung schlicht falsch ist. Gerade die deutsche Erfahrung mit der Wirtschaftspolitik Helmut Schmidts hat dies bitter bewiesen. Nach kurzer Zeit herrschten in den siebziger Jahren in Deutschland nicht nur hohe Inflation, sondern auch ein starker Beschäftigungsrückgang.

Die nun auch immer deutlicher werdende Umorientierung der europäischen Wirtschaftspolitik mit einer Verabschiedung von der stabilitätsorientierten Antiinflationspolitik zeigt sich z. B. in den permanenten Querelen um die personelle Besetzung der künftigen Europäischen Zentralbank. Die Bestrebungen Frankreichs, an die Spitze der EZB einen französischen Präsidenten zu setzen – unter anderem mit der Begründung eines Ausgleichs für die Entscheidung, den Sitz der EZB nach Frankfurt zu verlegen – kennzeichnet das französische Mißtrauen in eine möglicherweise zu sehr an dem Verhalten der Bundesbank orientierten EZB-Politik. In die gleiche Richtung zielt auch die nach wie vor bestehende Forderung Frankreichs nach Etablierung eines "Stabilitätsrates", der als wirtschaftspolitische Kontrollinstanz der Europäischen Zentralbank zur Seite gestellt werden soll.

Die Bezeichnung "Stabilitätsrat" folgt der mittlerweile in der EU üblich gewordenen Methode, Institutionen oder Verfahren genau die gegenteilige Beschreibung zuzuweisen. Wie die ständige Forderung nach "Harmonisierung" im Kern nichts anderes darstellt, als die Unterdrückung möglicher Begehren nach individuellen Sonderwegen durch den Zwang zur egalisierenden Gleichmacherei, so soll der Stabilitätsrat im Prinzip dafür sorgen, daß die Europäische Zentralbank ihr Streben nach Geldwertstabilität nicht übertreibt. De facto fungiert der Stabilitätsrat somit eigentlich als Instabilitätsrat, der eventuelle Stabilisierungsmaßnahmen der EZB aufweichen soll. Die Tatsache, daß der Stabilitätsrat nach den Vorstellungen der Initiatoren keine Entscheidungsbefugnisse erhalten, sondern nur "beratend" tätig werden soll, ist ebenso unglaubwürdig wie bedeutungslos. Allein die Existenz des Stabilitätsrates verleiht ihm Gewicht und ist er erst einmal instituiert, wird die Kompetenz um so leichter nachzureichen sein.

Ursprünglich war die europäische Währungsunion als "Krönungstheorie" konzipiert. Zunächst sollte der europäische Binnenmarkt vollendet und abschließend als Krönung die gemeinsame Währung eingeführt werden. Mittlerweile haben die EUPolitiker diese Idee zu Grabe getragen. Auf dem Wege zur Perfektion des europäischen Binnenmarktes sind zu viele Probleme aufgetaucht, die eine Vollendung des Binnenmarktes in weite Ferne rücken, wenn nicht sogar jetzt schon als unmöglich erscheinen lassen. Die Probleme, die der Vollendung des europäischen Binnenmarktes entgegenstehen, sind dabei nicht einmal willkürlichen oder böswilligen Ursprungs. Ihre Beseitigung somit nicht allein vom guten Willen der beteiligten Staaten abhängig. Vielmehr beruhen die Widerstände auf verständlichen Gründen.

So werden vor allem innerhalb der Europäischen Union zunehmend Produkte zum Handel freigegeben, die bislang vom nationalen Handel ausgeschlossen waren, andere Produkte vom Handel ausgeschlossen oder im Handelsumfang beschränkt, die vorher auf den nationalen Märkten hoch erwünscht waren. Der Waffenhandel mag als ein Beispiel für den unerwünschten, der Bananenimport als Beispiel für den nunmehr eingeschränkten Handel dienen. Ebenso hat die Freigabe der Grenzen für den unkontrollierten Zugang nach oder die Ausreise aus Deutschland zwar zur Vervollständigung der EU-Binnenmarktfreiheiten beigetragen, keinesfalls aber die volle Zustimmung hervorgerufen. Weitere Beispiele für die unerwünschten Erscheinungen bei der totalen Vervollständigung des Binnenmarktes lassen sich in allen Bereichen finden. In fast allen Fällen sind dabei Beeinträchtigungen der Konsumentensouveränität, des Verbraucherschutzes oder der inneren Sicherheit die Folge. Diese negativen Erscheinungen werden auch nicht durch die zwangsweise Einführung einer einheitlichen europäischen Währung beseitigt, in vielen Fällen ist sogar mit einer Verschärfung dieser Problematik zu rechnen.

Blockade der notwendigen Strukturreformen

Die aktuellen Probleme der deutschen Wirtschaft, fehlendes Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit, sind nicht durch den fehlenden Euro begründet oder den mangelhaften Fortschritten der Europäischen Union zuzuschreiben. Auch die Anstrengungen der EUStaaten zur Erfüllung der Konvergenzkriterien zur Teilnahme an der europäischen Währungsunion können nicht zur Erklärung oder Entschuldigung der wirtschaftlichen Talfahrt in Deutschland herangezogen werden. Die eigentlichen Ursachen liegen in dem fehlenden Mut der Wirtschaftsführer und der politischen Lähmung durch die bloße Machtorientierung der Parteien. Die durch die weltwirtschaftliche Entwicklung und die internationale Verflechtung der Volkswirtschaften notwendig gewordene Strukturreform der deutschen Wirtschaft bleibt dadurch aus. In zahlreichen Branchen, wie Kohle, Stahl, Schiffbau und Textilindustrie, zeigt sich mehr und mehr, daß der Standort Deutschland als Produktionsstätte weltweit nicht mehr

konkurrenzfähig ist. Staatliche Subventionen zementieren jedoch diese veralteten Strukturen, Verlustunternehmen dürfen auf Produktions oder Produktumstellungen und Unternehmensreformen verzichten. Das Beharren auf den staatlich abgesicherten Erhalt ganzer Branchen, die nach Weltmaßstäben nicht mehr konkurrenzfähig sind, verursacht jedoch nicht nur aktuelle Kosten. Notwendige Neuorientierungen und die Erschließung alternativer Produktions und Dienstleistungszweige bleiben aus.

Die Behinderung des Strukturwandels erfolgt nicht nur in Form von dauerhaften Subventionszahlungen an die veralteten Wirtschaftszweige, sondern auch durch die Unfähigkeit einer allgemeinen staatlichen Deregulierung, insbesondere aber durch die politische Feigheit, die zahlreichen staatlichen Verordnungen und Gesetze, die einer dynamische Entwicklung der Wirtschaft zunehmend entgegenstehen, konsequent zu durchforsten und auszumisten. Insofern ist ein Systemwandel der deutschen Wirtschaftsordnung schon seit längerer Zeit auf eigenes Verschulden zurückzuführen. Diese Fehlentwicklung wird jedoch um ein Vielfaches in ihren negativen Auswirkungen verstärkt, wenn die Maastrichtorientierten Politiker gezielt den Eindruck erwecken, die wirtschaftliche Talfahrt ließe sich über eine möglichst rasche Einführung des Euros beseitigen. Der Euro ist keinesfalls geeignet, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder innovative Unternehmen zu fördern. Im Gegenteil werden die systemverändernden Tendenzen des MaastrichtVertrags zu einer zusätzlichen Verkrustung der veralteten Wirtschaftsstrukturen führen.

Der Glaube, eine wirtschaftliche Festung Europa böte Schutz vor den marktwirtschaftlichen Reformzwängen, die sich aus einer globalisierten Wirtschaft ergeben, führt in die Irre. Die Globalisierung läßt sich nicht aufhalten, dagegen sprechen schon die technischrevolutionären Möglichkeiten einer weltweiten wirtschaftlichen Kooperation. Nur wer sich diesen Herausforderungen offensiv stellt, kann den wohlstandsvermehreren Nutzen daraus ziehen. Das Deutschland der Nachkriegsjahre ist einer ähnlichen Herausforderung dank seines marktwirtschaftlichen Bekenntnisses hervorragend begegnet. Diese Stärke, die in den letzten Jahren ohnehin stark abgeschwächt wurde, droht durch die zentralverwaltete Wirtschaftsordnung des MaastrichtVertrags vollends zu schwinden.

Politisch verhängnisvolle Entwicklung Europas

Es sei nun einmal angenommen, die ökonomischen Nachteile, die durch die Europäische Währungsunion entstehen, wären nicht nur bekannt, sondern würden auch von den Politikern bewußt in Kauf genommen, weil man sich dadurch auf der anderen Seite politische Erträge verspricht. Die Gesamtbilanz von Nachteilen und Vorteilen der Europäischen Währungsunion, von Kosten und Erträgen, die aus der Einführung des Euros entstehen, wäre durch die Hinzunahme der politischen Aspekte demnach positiv. Wie aber sollen diese politischen Erträge aussehen und wie sind sie zu bewerten?

Die erste Ertragsvision besteht in der Annahme, mit dem Euro ließe sich nicht nur die Vervollständigung des europäischen Binnenmarktes erzwingen, sondern auch die politische Union Europas vorantreiben. Zunächst ist dabei fraglich, ob die Teilnehmerstaaten an der Europäischen Währungsunion dies überhaupt ernsthaft wollen. Zumindest bei Frankreich bestehen diesbezüglich erhebliche Zweifel. Zweitens haftet der Vorstellung, durch den Euro Fortschritte bei der politischen Union Europas erzwingen zu können, grundsätzlich die gleiche Problematik an, wie der Auffassung, mit dem Euro die Vollendung des Binnenmarktes durchsetzen zu können. Ebenso wie zahlreiche Unterschiede in den Konsumwünschen der einzelnen EUBevölkerungen hinsichtlich der verschiedenen Produkte und Dienstleistungen bestehen, die der Totalharmonisierung des EUBinnenmarktes

widersprechen und seinen Vollzug verhindern, liegen auch unterschiedliche politische Zielvorstellungen der einzelnen EUStaaten vor.

Diese durchaus auf nationalen Eigenarten basierenden Unterschiede mögen vielleicht den Deutschen durch einige ihrer politischen Führer weniger zugestanden sein. In diese Richtung zielen zumindest die Vorstellungen des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten, wenn sie ihre Auffassung verbreiten, der Nationalstaat hätte sich geschichtlich überlebt und Deutschland stünde es jetzt und künftig kaum an, nationale Eigeninteressen anzumelden. Nationale Interessen bestehen aber nun einmal, ungeachtet dieser politischen Wunschvorstellungen und nicht nur außerhalb Deutschlands. Die Tatsache, daß die MaastrichtII Verhandlungen in der Frage der politischen Union keinen Fußschritt weiter gekommen sind, die Amsterdamer Konferenz im Grunde sogar das Scheitern dieses Vorhabens dokumentiert, verdeutlicht die zur Erfolglosigkeit verurteilte Eitelkeit der Idee, über den Euro noch eine Wende in dieser Frage erzwingen zu können.

Wie bei dem fruchtlosen Vorhaben, über den Euro einen totalen EU-Binnenmarkt herbeipressen zu wollen, erhebt sich auch bei der politischen Union die Frage, ob die bestehenden Widerstände nicht wohlbegründet sind und eine politischpluralistische Vorgehensweise innerhalb Europas nicht der bessere Weg ist. Das Harmonisierungsbegehren reicht als Selbstzweck der politischen Zielsetzung nicht aus und das Diktat der politischen Vereinheitlichung kann schnell zu falschen oder fehlenden Ergebnissen führen.

Unverminderte Ängste unserer Nachbarstaaten

Als weiterer politischer Ertrag aus der Abschaffung der DMark wird häufig die damit gegebene Möglichkeit genannt, die Befriedung der Ängste europäischer Nachbarstaaten vor einem starken Deutschland zu erkaufen. Dieses Argument wird vermehrt in einer negativen Formulierung als Drohgebärde gegen Kritiker der Europäischen Währungsunion verwandt: "Wenn der Euro nicht kommt, gibt es Krieg in Europa!", lautet der gemeinsame Nenner verschiedener und mehrfacher Äußerungen seitens des Bundeskanzlers, des Bundespräsidenten und auch des ExKanzlers Helmut Schmidt.

Zunächst ist dem entgegenzuhalten, daß der Gedanke eines Krieges unter den EUeuropäischen Staaten in der heutigen Zeit absurd ist. Allenfalls wäre an bürger oder wirtschaftskriegsähnliche Zustände zu denken, die jedoch eher unter kulturellen, religiösen oder kriminellen Aspekten geführt würden. Allerdings enthält das Kriegsverhinderungsargument auch einen nachvollziehbaren Gedankenkern. Die Ängste unserer Nachbarstaaten vor einem zu starken und Europa dominierenden Deutschland sind durchaus existent. Ihnen ist auch aus deutscher Sicht in einer politischen Form Rechnung zu tragen. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob die Form einer freiwilligen wirtschaftlichen Selbstkasteiung, das Opfer der Deutschen Mark auf dem europäischen Altar und die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte zugunsten eines zentralstaatlich organisierten Europas die richtige politische Methode ist.

Die Diskussion, wie eine deutsche Dominanz innerhalb Europas verhindert werden könnte, ist nicht neu. Bereits in den achtziger Jahren gab es eine Grundsatzdiskussion zwischen England und Frankreich, wie das damals noch und vor allem wirtschaftlich starke Deutschland gezügelt werden könnte. Die Kernpunkte der unterschiedlichen Argumente sind in den Memoiren der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher "Downing Street Nr. 10" nachlesbar. Margaret Thatcher bezweifelte damals wie heute die Wirksamkeit der französischen Idee, Deutschland über eine strenge europäische Institutionalisierung binden

und gewissermaßen über demokratische Mehrheitsbeschlüsse der anderen Staaten kontrollieren zu können. Das Problem wurde vor allem darin gesehen, daß die Franzosen nicht bereit waren, die erforderliche Rechnung dafür zu bezahlen. Der typisch englische Pragmatismus ließ die Engländer einwenden: "Wer bezahlt, hat das Sagen." Die Tatsache, daß Deutschland zwei Drittel der Nettokosten der Europäischen Union auferlegt wurden, gereichte Margaret Thatcher nicht zum Triumph, sondern zu einem tiefen Mißtrauen wegen der Gegenforderung, die Deutschland nach ihrer Meinung irgendwann einmal erheben würde. Zumindest war die EU damit von der Zahlungsbereitschaft Deutschlands abhängig und in ihrer Existenz durch eine schlichte Drohung der Zahlungseinstellung erpreßbar. In der Tat würde die Einstellung oder auch schon die deutliche Reduzierung der deutschen EU-Zahlungen das Kartenhaus Europa sofort zum Einsturz bringen.

Schwächung des politischen Einflusses

Auch Frankreich offenbart immer stärkere Bedenken hinsichtlich der von den Franzosen gewählten Methode, über institutionelle Regulierungen Deutschland in Europa zu binden. Die Versuche, über einen Wirtschaftsrat eine möglicherweise im deutschen Interesse arbeitende Europäische Zentralbank zu kontrollieren, und die geplante Errichtung eines Beschäftigungsrates verdeutlichen, daß der einmal eingeschlagene Weg der bürokratischen Reglementierung sich verselbständigt und immer weitere Institutionen nach sich zieht. Selbst Frankreich dürfte in absehbarer Zeit einsehen, daß diese Entwicklung in einer Sackgasse endet und keine "Lösung der deutschen Frage" bietet. Die Ängste der europäischen Nachbarn vor Deutschland können weder durch überzogene Geldleistungen noch durch bürokratische Fesseln und unglaubwürdige politische Selbstbeschnidungen dauerhaft beseitigt werden. Wirklich erfolgreich können nur echte völkerverbindende Maßnahmen sein. Dazu ist vor allem ein offener Umgang mit den Wünschen und Sorgen der beteiligten europäischen Staaten vonnöten.

Neben der wirtschaftlichen Vision einer durch den Euro zusammengezimmerten Weltwirtschaftsgrößmacht Europa bestimmt auch die Vorstellung einer politischen Weltmacht die Diskussion um die Vorteile der Europäischen-Währungsunion. Wie bei der These von der friedentiftenden Funktion des Euros wird die Einflußtheorie häufig im Umkehrschluß formuliert: "Wenn der Euro nicht kommt, verliert Europa an politischem Einfluß in der Welt." Die Vorstellung einer durch den Euro gestärkten politischen Kraft basiert demnach nicht nur auf der Annahme, daß die Zusammenfassung von zahlreichen europäischen Kleinmächten automatisch zu einer Großmacht führt, sondern die einzelnen Einflüsse der europäischen Nationalstaaten auf das Weltgeschehen einem laufenden Verfall unterliegen.

In der Tat hat sich der europäische Einfluß gerade bei den bestehenden oder noch nicht lange zurückliegenden weltpolitischen Ereignissen als sehr schwächlich erwiesen. Die Nahostproblematik, die BalkanKrise und verhängnisvolle Entwicklungen in Zentralafrika sind als wichtigste Beispiele zu nennen. Die teilweise als Lähmung in Erscheinung getretene Verhaltensweise der europäischen Staaten ist jedoch in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen, daß die meist erfolglosen Versuche, einen europäischen politischen Konsens zu finden, wertvolle Zeit gekostet haben. Andere Staaten konnten flexibler und vor allem schneller reagieren. Dies war in den betroffenen Konfliktträumen wesentlich hilfreicher als eine scheinbar wohldurchdachte europäische Einheitslösung.

Im übrigen ist die Größe der Macht keine Frage der Arithmetik. Was für die fehlenden Vorteile eines bloßen Zusammenschlusses kleiner Parteien gilt, die ihre Stimmenanteile auch

nicht einfach addieren können, wenn sie zu einem Zusammenschluß finden, gilt auch auf der politischen Ebene der Nationalstaaten. Eine einheitliche europäische Stimme erhält damit nicht automatisch die Summe der Gewichte des politischen Einflusses der in ihr zusammengefaßten EUStaaten.

Zementierung der undemokratischen Verhältnisse

Die undemokratische Legitimation der Europäischen Union ist schon jetzt unverkennbar. Insbesondere die Verteilung der Sitze im Europaparlament und der Stimmen im Ministerrat auf die an der Europäischen Union beteiligten Staaten offenbaren eine eklatante Verletzung der grundlegenden Regel der Demokratie, daß jeder Mensch in seinen Grundrechten gleich zu behandeln ist. "One man, one vote" wird in der Europäischen Union, und im übrigen auch im künftigen Europäischen Zentralbankrat nicht eingehalten. Dabei zählt auf der Skala der Ungleichheit innerhalb Europas der Luxemburger am meisten und der Deutsche am wenigsten.

Auch die Tatsache, daß die eigentliche Entscheidungsgewalt im gesetzgeberischen Sinne nicht beim Europaparlament, sondern beim Ministerrat in zahlreichen Fällen aber auch faktisch bei der EUKommission liegt, erscheint zunächst als undemokratische Regelung. Der Ministerrat stellt im Kern nichts anderes dar, als eine Vertretung der Exekutivgewalt der beteiligten Staaten. Seine Zusammensetzung läßt sich vom Wahlvolk der einzelnen EUStaaten nur über mehrere Stufen indirekt kontrollieren. Die relative Vernachlässigung des Europaparlaments ist dagegen insofern durchaus begründet, als das Europaparlament selbst auf keiner demokratischen Konstruktion basiert. Dagegen spricht nicht nur, daß die Kandidaturen und Wahlen zum Europaparlament nicht europaweit, sondern auf nationalstaatliche Grenzen beschränkt erfolgen, sondern auch und vor allem die Tatsache, daß Demokratie die Existenz eines Volkos voraussetzt. Ein europäisches Volk existiert jedoch nicht.

Die undemokratische Grundstruktur der Europäischen Union behindert nicht zuletzt auch die anstehende und notwendige Osterweiterung. Die ergebnislosen MaastrichtII Verhandlungen in Amsterdam haben gezeigt, daß die willkürliche Verteilung von Parlamentssitzen und Ratsstimmen bei einer Hinzunahme der mittel und osteuropäischen Staaten zu erheblichen Einigungsproblemen führt. Insbesondere scheint der Widerstand der kleineren EUStaaten gegenüber der Forderung, bei einer nur geringen Aufstockung der Gremiengrößen künftig auf Anteile zu verzichten, unüberwindbar.

Die deutsche Verfassung steht zur Disposition

Schon jetzt sind auch die grundsätzlichen Widersprüche zwischen dem Recht der Europäischen Union und dem Grundrecht der deutschen Verfassung unübersehbar. Der MaastrichtVertrag nimmt für sich einen Verfassungscharakter in Anspruch, der nach Auffassung der Brüsseler Kommission die nationalen Verfassungen an Kompetenz übersteigt. In dieser Haltung wird die Kommission durch die grundsätzliche Auffassung und die praktizierte Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs bestärkt.

Die Problematik des Verfassungscharakters des MaastrichtVertrags besteht erstens in der Tatsache, daß sein Gültigkeitsbereich einen nicht national abgegrenzten Raum umfaßt. Da das europäische Volk nicht existiert, kann es auch keine europäische Verfassung geben. Zum zweiten ist zu bedenken, daß die Beschlußfassung über den MaastrichtVertrag nicht auf einer basisdemokratischen Weise erfolgte, nicht einmal durch die Einsetzung einer

Verfassungskommission, sondern durch bloßen Beschluß von Regierungschefs. Der Umstand, daß eine nachträgliche Ratifizierung durch die nationalen Parlamente erfolgte, stellt, insbesondere soweit der verfassungsrechtliche Charakter berührt ist, keine ausreichende Legitimation durch das Volk dar. Dies gilt für Deutschland um so mehr, als den Deutschen eine Volksabstimmung über den MaastrichtVertrag bis heute verwehrt wurde.

Der im Rahmen der Europäischen Währungsunion vorprogrammierte Konfliktfall zwischen nationaler Verfassung und MaastrichtVerfassung steht unmittelbar bevor. Durch das MaastrichtUrteil des Bundesverfassungsgerichts, das der ehemalige Kabinettschef der EUKommission und Bundesvorsitzende der AntiMaastrichtPartei Bund Freier Bürger, Manfred Brunner, erstritten hat, werden nicht nur bestimmte zusätzliche Voraussetzungen für die Teilnahme Deutschlands an der Währungsunion festgelegt, sondern auch die Dominanz der nationalen Verfassung über den MaastrichtVertrag bekundet. Die von der Bundesregierung tolerierte Nichteinhaltung der Konvergenzkriterien, nach dem Urteil des Verfassungsgerichts unabdingbar für die deutsche Teilnahme, würde zu einem unmittelbaren Bruch der deutschen Verfassung führen. Für den europäischen Gerichtshof wäre dies jedoch irrelevant. Setzt sich dessen Auffassung durch, wäre der Einstieg in die Auflösung der deutschen Verfassung erreicht.

Politische Unfreiheit in einem sozialistischen Superstaat

Die durch die Einführung des Euros beschleunigte wirtschaftspolitische Zentralisierung Europas bewirkt neben der ökonomischen Uniformierung auch eine Zunahme der politischen Unfreiheit. Schon jetzt brüstet sich Brüssel, 70 Prozent der nationalen Gesetzgebung zentral vorzugeben. Die freie Gesetzesgestaltung der einzelnen EUStaaten wird dadurch entsprechend eingeschränkt. Verbunden ist damit aber auch eine quantitative Ausweitung der gesetzlichen Reglementierung. Jedes zusätzliche Gesetz bedeutet gleichzeitig ein Verlust an freier Lebensgestaltung.

Ein zweites Indiz für den zunehmenden Verlust der Freiheit besteht in dem Bestreben der Europäischen Union, neben der permanenten Erweiterung ihrer Einflußbereiche immer mehr Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip zu fällen. Die Ablösung des Prinzips der Einstimmigkeit durch die Einführung von qualifizierten bis einfachen Mehrheitsbeschlüssen folgt der Notwendigkeit, Handlungsmöglichkeiten auch bei kontroversen Auffassungen zu eröffnen. Die EU beklagt die momentan noch bestehende Freiheit der einzelnen EUStaaten, durch ein Veto bestimmte EUGesetze verhindern zu können. Diese Möglichkeit der "Entscheidungsblockade" stellt insbesondere für die kleineren Staaten das einzige Mittel dar, einseitige Mehrheitsbeschlüsse abzuwehren, die allein zu ihren Ungunsten getroffen werden.

Natürlich führt die Einstimmigkeitsregel zu einer Reduktion der EU-Gesetzgebung auf den kleinsten gemeinsame Nenner. Sie schützt damit aber auch gleichzeitig vor der Gefahr, die jedem pseudodemokratischen Abstimmungssystem anhaftet, eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit zu ermöglichen. Mit der Aufgabe dieses Schutzmechanismus führt die Entwicklung der Europäischen Union direkt zu der allumfassenden staatlichen Bevormundung der Bürger, wie sie aus der leidvollen Erfahrung der sozialistischen Systeme mit ihren engsten Beschneidungen der bürgerlichen Freiheiten bekannt sind. Die geschichtliche Erfahrung, daß solche Wirtschafts und Gesellschaftssysteme langfristig zum Untergang verurteilt sind, bietet dabei nur geringen Trost.

Gefahr bürgerkriegsähnlicher Unruhen in Europa

Der Euro führt zwangsläufig zu einer Teilung Europas. Diese Teilung erfolgt unter zwei Gesichtspunkten: innerhalb der bestehenden Europäischen Union und in ihrem Außenverhältnis. In beiden Fällen kann es zu Unstimmigkeiten und Konflikten hinsichtlich der Grenzziehung und der Zuweisung der Zugehörigkeit kommen, die gewaltsame Lösungsversuche der unzufriedenen Beteiligten nicht ausschließen.

Die Teilung, die der Euro innerhalb der EU unmittelbar hervorruft, ist die Aufteilung in Teilnehmerstaaten an Währungsunion und Nichtteilnehmer. Schon jetzt zeichnet es sich ab, daß die Maastrichtkonformen Politiker dieses Problem durchaus erkannt haben und bemüht sind das Konfliktpotential möglichst überhaupt nicht erst aktiv werden zu lassen. Die Diskussion um die angebliche Notwendigkeit eines möglichst großen Teilnehmerkreises bei der Einführung des Euros verstärkt in Verbindung mit der gleichzeitigen Bereitschaft zur Aufweichung der Konvergenzkriterien den Verdacht, daß alle Eurowilligen EUStaaten von Anfang an bei der Währungsunion dabei sind. Um so schärfer ist dann aber auch die Ausgrenzung der EUStaaten Großbritannien, Dänemark und dem neuen Bemühen nach Schweden, die kein Interesse an der gemeinsamen EuroWährung haben oder erst einmal abwarten wollen.

Die Bewältigung der durch den aufgeblähten Teilnehmerkreis um so größeren Startprobleme des Euros verschärft aber auch die aus den zuvor beschriebenen Gründen vorhandene Nichtbereitschaft der Europäischen Union, die mittel und osteuropäischen Staaten möglichst rasch aufzunehmen. Die mit dem Euro errichtete Festung Europa wird somit zu einem erneuten Zuziehen des "Eisernen Vorhangs" führen, der bis auf das Gebiet der ehemaligen DDR den gleichen Grenzverlauf vorweist wie zuvor.

Die MaastrichtIIKonferenz hat gezeigt, daß die Diskussion um die Erweiterung der EU nach Osten neben der unerwünschten Machtverschiebung innerhalb der EUGremien vor allem vom Kostenaspekt dominiert ist. Nach dem heutigen Umverteilungsschema der Europäischen Union würde die Aufnahme der mittel und osteuropäischen Staaten möglicherweise tatsächlich jährliche Mehrkosten von bis zu 150 Milliarden DM verursachen. Das übersteigt endgültig die Finanzierungsmöglichkeiten der EU-Geberländer. Die Alternative wäre eine grundlegende Reform der EU-Bürokratie. Dazu aber ist die Mehrheit der EUStaaten nicht bereit. Insbesondere die Nehmerländer, die Abstriche an ihren Zuwendungen in Kauf nehmen, möglicherweise sogar in den Status der Geberländer wechseln müßten, signalisieren deutlich ihr Desinteresse an einer EU-Erweiterung.

Die Alternative lautet aber: Entweder werden die mittel und osteuropäischen Staaten aufgenommen und eine Reform oder sogar Aufgabe des Maastrichtgebundenen EUSystems akzeptiert oder die wirtschaftlichen und politischen Grenzen der EU müssen zum Osten hin aufgestockt werden, bis hin zu einer verstärkten physischen Abschottung durch Stacheldraht und Militärpatrouillen. Solange der europäische Westen noch einen Wohlstandsvorsprung gegenüber dem europäischen Osten besitzt und nicht bereit ist, den Reformstaaten durch freie Handelsmöglichkeiten die Chance zu eröffnen, selbst zu Wohlstand zu kommen, wird die Kluft zwischen Arm und Reich zu einem Druck von Ost nach West führen, der sich unter Umständen nicht nur in Wanderungsbewegungen äußert, sondern auch zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen ausweitet.

Schlußbemerkungen

Die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit, die nach dem Kriege durch die Vereinbarungen wirtschaftlich effizienter Handelserleichterungen und marktwirtschaftlicher

Ordnungsprinzipien so hoffnungsvoll begann, ist durch den Maastricht-Vertrag auf einen verhängnisvollen Irrweg geraten. Mit der Einführung der Europäischen Einheitswährung soll die Möglichkeit einer Umkehr endgültig versperrt werden. Nicht nur die Deutschen, sondern alle beteiligten europäischen Völker werden damit in eine Entwicklung gezwungen, an deren Ende wirtschaftlicher Niedergang und der Verlust an materiellem Vermögen, vor allem aber die Preisgabe der individuellen Freiheit steht.

Mit dem politischen und wirtschaftlichen Schaden im Inneren der Europäischen Union geht die Zunahme des außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Konfliktpotentials einher. Die im System des Maastricht-Vertrags zwangsläufig angelegten Isolationstendenzen der Festung Europa stehen im Widerspruch zu den wohlfahrtssteigernden Möglichkeiten eines globalen freien Marktes. Unmittelbar nachteilig betroffen sind die nächsten Nachbarn der Europäischen Union, die mittel- und osteuropäischen Staaten. Steigt dort die Bereitschaft zur gewaltsamen Beseitigung der EU-europäischen Grenzen, gerät der Ostsaum der Europäischen Union in den Status von Frontstaaten. Zunehmende Konflikte mit dem außereuropäischen Ausland verschärfen diese brisante Situation.

Die Geschichte hat wiederholt bewiesen, daß sich Systeme der Unfreiheit und der ökonomischen Ineffizienz nicht auf Dauer aufrecht erhalten lassen. Dies gilt selbst bei einer vermögenden Ausgangssituation und hohen volkswirtschaftlichen Anfangsressourcen. Die Kräfte der Marktwirtschaft und des Freiheitsdrangs werden daher langfristig einen Zusammenbruch des Maastricht-Regimes sicherstellen. Auch dem Euro ist daher sein Ende gewiß. Der Zeitraum, der bis dahin verstreicht, ist jedoch kaum absehbar. In dieser Zeit wird der wirtschaftliche und gesellschaftliche Niedergang enorme Kosten verursachen, materieller wie ideeller Art. Von der Bereitschaft der europäischen Völker, ihre Politiker zu einem fundamentalen Umdenken in der Gestaltung der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit in Europa zu zwingen, hängt es ab, ob das maximale Ausmaß der Kosten dieser europäischen Fehlentwicklung verhindert werden kann.

Prof. Dr. Bernd Thomas Ramb, Jahrgang 1947, ist selbständiger Unternehmer und lehrt Volkswirtschaft an der Universitäts-Gesamthochschule in Siegen. Der Vater von fünf Kindern ist Gründungs- und Präsidiumsmitglied des "Bundes Freier Bürger Die Freiheitlichen" und veröffentlichte mehrere Bücher sowie zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften.